presse

Städte in Entwicklungsländern wachsen rasant

***Gabriela Heinrich**, zuständige Berichterstatterin:*

Anlässlich der abschließenden Lesung des Antrags „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür aus, die Chancen des Städtewachstums in Entwicklungsländern zu nutzen, um die Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig zu verbessern.

„Die Stadtbevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern wird um mehr als zwei Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 wachsen. Wenn wir die Urbanisierung nicht gestalten, werden wir weder weltweit Armut und Slumbildung reduzieren können, noch die globalen Klimaziele erreichen. Wir werden den globalen Flächenverbrauch – und damit den Verlust von Biodiversität – nicht stoppen können, wenn die Städte sich ungeplant und weitläufig ausbreiten.

Wir müssen die HABITAT-III-Konferenz im kommenden Jahr nutzen, um eine „New Urban Agenda“ zu beschließen. Wir sprechen uns für ein globales Nachhaltigkeitsziel mit Stadtbezug aus und fordern die Bundesregierung dazu auf, Urbanisierung auf der dritten Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba zu thematisieren. Auf europäischer Ebene brauchen wir eine Urbanisierungsstrategie und Urbanisierungspartnerschaften der EU mit Ländern und Kommunen des globalen Südens.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit soll künftig stärker die partizipative Stadtplanung, den Aufbau kommunaler Selbstverwaltung sowie Dezentralisierung unterstützen. Das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ soll fortgeführt werden und die Servicestelle der Kommunen in der Einen Welt soll weitere Konzepte für kommunale Entwicklungspartnerschaften entwickeln. Die Sonderinitiative „Fluchtursachen

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ soll um ein Modul für Flüchtlingsstädte ergänzt werden.“